

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitervereins- und Arbeitervereins-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile...

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitrage 7, 2 Et. - Fernsprech-Anschluss 8002.

Lehren der Bergarbeiterkämpfe in Deutschland und England.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter, der größte wirtschaftliche Kampf, den die Welt je gesehen, ist nach einer Dauer von fünf Wochen beendet worden.

Was zunächst dem Kampf in England ein ganz anderes Gepräge gab, war die Einmütigkeit der Arbeiter. England hat zwar noch eine erhebliche Zersplitterung seiner gewerkschaftlichen Organisationen...

Neben der Einigkeit hatten die englischen Bergarbeiter den deutschen auch die bessere finanzielle Rüstung voraus. Die deutschen Gewerkschaften, die den Kampf im Ruhrrevier vorbereiteten...

England hat aber nicht nur die Einigkeit der Organisierten und die bessere finanzielle Rüstung voraus, es hat auch einen viel größeren Bruchteil der überhaupt beschäftigten Bergarbeiter in Organisationen zusammengefasst.

Diese teilweise Fortführung der Betriebe in Deutschland wirkte nicht nur dadurch nachteilig auf den Ausgang des Kampfes ein, daß die Herren ihren dringenden Verpflichtungen genügen konnten...

Die Uneinigkeit der deutschen Arbeiter hat aber nicht nur den Unternehmern den Rücken gestärkt, das Vertrauen in den eigenen Reihen erschüttert und den Behörden billige Vorwände zum Eingriff geliefert...

Das zeigt sich noch deutlicher, wenn wir die Stellung der Regierung und die Verhandlungen in den Parlamenten in Deutschland und England gegenüberstellen.

Damit kommen wir zu den eigentlichen Zielen der Kämpfe. In Deutschland forderten die Arbeiter eine prozentuale Erhöhung der Löhne und die Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten des Arbeitsvertrages.

Eine Million Arbeiter trat in den Ausstand, eine zweite Million wurde nach kurzer Zeit in Mitteleinschließung gezogen. Das gesamte öffentliche Leben litt unter den Folgen des Streiks.

Eins jedoch steht fest. Die Kapitalisten aller Länder folgen der Entwicklung in England mit Unruhe und Angst. Sie haben mit Schrecken gesehen, daß das so oft verspottete Wort: Alle Köder stehen still, wenn dein starker Arm es will, doch mehr ist als eine Phrase...

Zum Verbandstag.

Zu dem Punkt der Tagesordnung unseres nächsten Verbandstages: „Abgrenzung unseres Agitationsgebietes“ möchte ich auch einige Ausführungen machen, die hoffentlich einiger Beachtung wert sind.

unsern Verband zu gewinnen, aber wir sind nicht zuständig, ich darf das also nicht. Nun würde man wohl von zuständiger Seite einwenden: „Dann nimm doch die Leute auf und überweise sie uns.“

Je näher unser Verbandstag rückt, um so mehr beschäftigen sich die Kollegen mit den Aufgaben desselben. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung ist die Abgrenzung unseres Agitationsgebietes bezeichnet worden...

Zum Punkt Branchengliederung innerhalb unseres Verbandes ist es mit Freude zu begrüßen, daß der Verbandstag zu dieser Frage Stellung nehmen wird.

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf eine Frage eingehen, die der Kollege Wagner, Striepat, in Nummer 14 des „Proletariats“ aufgeworfen hat.

Kollege Hegemann kommt in seinem Artikel zum Verbandstag auch darauf zu sprechen, daß die Finanzen unserer Hauptzweige sich zwar gebessert hätten, aber immerhin noch als ungenügend zu betrachten seien.

stelle mit als Kandidaten aufstellen, um den Mitgliedern wirklich eine Wahl zu geben. Die Gewerkschaften nehmen sich das Recht heraus, über die Vorschläge zu beraten, die von den Wahlstellen gemacht werden, um, wie man sagt, keine Restsplitterung hineinzubringen. Ich glaube, so weit sind die Wahlstellenleitungen denn doch geschult, daß nicht jede einen Delegierten vorschlägt. Nur die Bügel etwas locker lassen im Punkt freies Wahlrecht.

Wilhelm Schmid, Rempten.

Papier-Industrie

Die Geschäftslage der Papierindustrie.

Die verfloßene Reichstagswahl, die hochgetürmte Berge von Druckpapier verschlang, brachte den Papierfabriken Ende des verfloßenen und zu Anfang dieses Jahres flotte Beschäftigung. Mit dem Umfange der Wahllagen, die gedruckt in die Welt gingen, wuchs auch der Auftragsbestand der Fabriken. Gab es doch Wahlkreise, in denen über eine Million Flugblätter den Wählern die politische Erleuchtung oder — Verdummung bringen sollten. Dazu die verstärkten Auflagen der Zeitungen, die erforderlichen Wagonladungen Briefbogen, Briefumschläge, Stimmzettel usw. Jedes Jahr eine Reichstagswahl, dann erwidern die Papierfabriken in Arbeit. Jetzt ist die Hochkonjunktur wieder etwas abgeklungen. Die mit Wasser arbeitenden Werke konnten die gute Marktlage wegen ungünstiger Wasserstandsverhältnisse nur beschränkt ausnutzen. Nach einem Bericht des Vereins der Schlesischen Papierfabrikanten waren die Fabriken für die Herstellung von Druck- und Schreibpapier im Januar und Februar d. J. leidlich flott beschäftigt. Auch in den übrigen Fabriken Deutschlands war der Beschäftigungsgrad gut, doch begegnet man vielfach Klagen über niedrige Preise. Die Nachfrage nach Seidenpapier und Maschinenlederplatten, die im Januar zu wünschen übrig ließ, gestaltete sich im Februar bereits wieder günstiger. Der Verband der Chromo-, Glacé- und Buntpapierfabrikanten berichtet von einem wieder gehobenen Geschäftsgang in der Kartonnagenindustrie; die Buntpapierfabrikanten dagegen klagen über Mangel an Aufträgen. Speziell der Export sei träge, die Ausfuhr werden als ungünstig bezeichnet. Im großen und ganzen sollen sich die Verhältnisse im Vergleich mit dem Vorjahre aber doch gebessert haben. Die Tappetenfabriken erfreuten sich zwar keines glänzenden, aber doch normalen Geschäftsganges. Dagegen litten die Dachpappfabriken unter der Flauheit am Baumarkt. Mit der Ausdehnung der Bautätigkeit in der zweiten Hälfte des Jahres hob sich auch merklich der Begehr nach Dachpappen. Die Aufwärtsbewegung hat in den letzten Wochen im allgemeinen angehalten, doch wird die Gesamtlage immer noch als unzureichend bezeichnet. Wahrscheinlich als Folge der enormen Ansprüche der papierverbrauchenden Gewerbe aus Anlaß der Reichstagswahl bekam der Außenhandel mit Papier im Januar d. J. im Vergleich mit dem Januar im Jahre vorher ein vollständig verändertes Gepräge. Die Einfuhr von Papier, Pappe und Waren daraus stieg von 84 217 Doppelzentner auf 123 788 Doppelzentner, die Ausfuhr dagegen sank von 419 382 Doppelzentner auf 351 354 Doppelzentner. Verstärkte Ausfuhr im Februar brachte wieder näher an das alte Verhältnis heran, wenn auch noch ein Mehr in der Einfuhr registriert. Für die Monate Januar und Februar zusammen ergeben sich folgende Zahlen:

	1911	1912	1911	1912
	in Doppelzentner		in 1000 Mark	
Einfuhr	171 750	206 798	5 045	4 957
Ausfuhr	782 188	783 693	34 825	35 300

Die Wertangaben zeigen, daß es sich bei der Einfuhr um billige Ware handelt, denn trotz der Zunahme der Menge um rund 20 Prozent ist ein um 1,7 Prozent niedrigerer Wert deklariert worden. Die Zahlen bringen auch zum Ausdruck, daß die Ausfuhr für die heimische Papierindustrie eine wesentliche Rolle spielt. Von der Gesamtexportfuhr entfallen auf Halbzeug aus Gespinnsten usw. 2232 Doppelzentner, aus Holzstoff 12 718 Doppelzentner, aus Papierstoffen 288 568 Doppelzentner, ferner auf Glanzpappe 2100 Doppelzentner, auf Rohpappen 30 795 Doppelzentner, Dachpappen usw. 15 650 Doppelzentner, bearbeitete Pappen 6299 Doppelzentner, Packpapier 67 555 Doppelzentner, Druckpapier 79 317 Doppelzentner, Zeichenpapier 19 728 Doppelzentner, Tischpapier 1466 Doppelzentner, Pergamentpapier 6287 Doppelzentner, Schreibpapier 23 519 Doppelzentner, Zeichenpapier 3705 Doppelzentner, Seidenpapier 5210 Doppelzentner, photographisches Packpapier 14 229 Doppelzentner, Buntpapier 30 535 Doppelzentner, lackiertes Papier 1161 Doppelzentner, Postkarten mit Bilderrand 4711 Doppelzentner, Etiketten- und Bilderpapier usw. 6230 Doppelzentner, Kartenpapier 1507 Doppelzentner, gepanzerte Pappe 2570 Doppelzentner, überzogene Pappe 657 Doppelzentner, Tapeten usw. 30 664 Doppelzentner, Spielkarten 168 Doppelzentner, Schieferpapier 4004 Doppelzentner, Lichtauspapier usw. 1676 Doppelzentner, chemisches Papier 2479 Doppelzentner, Lüten usw. 2893 Doppelzentner, Briefumschläge 6246 Doppelzentner, Reklamische 2094 Doppelzentner, feines Briefpapier in Packform 876 Doppelzentner, Geschäftsbücher 2190 Doppelzentner, Einbanddecken 1182 Doppelzentner, Alkum 842 Doppelzentner, diverse Waren aus Papier, teilweise mit Metall usw. verbunden, 765 Doppelzentner und Schreibstoffe usw. 7779 Doppelzentner.

Die Geschäftsberichte der einzelnen Unternehmen beurteilen im allgemeinen die Lage als befriedigend, man glaubt für das laufende Jahr auf teilweise gesteigerte Gewinne rechnen zu dürfen. Die Salzener Papierfabrik z. B., die ihre Hammermühl-Kompagnie mit mehr Maschinen ausgestattet hat, erwartet eine um fast 40 bis 50 Prozent gesteigerte Produktion und glaubt, eine gute Verwertung des vergrößerten Aktienkapitals schon jetzt zuzukünnen. Das Jahr 1911 brachte bei gleichen Abschreibungen wie im Vorjahre 789 000 Mk. Reingewinn gegen 678 182 Mk. im 1910. Die Aktionäre erhalten 12 Prozent Dividende auf das alte, 6 Prozent Dividende auf das erhöhte Kapital. Die Verwaltung der Aktiengesellschaft für Maschinenpapier in Aßaffenburg bemerkt, daß man sich in einer Periode befindet, die Aufträge auf weiteren Erfolg laßt. Das Unternehmen hat fast das gesamte Aktienkapital der Oberbayerischen Zellulose- und Papierfabriken, A.-G., in München erworben. Zu diesem Zweck hat man sich von der mit jenem Unternehmen liierten Bank einen Kredit in Höhe von 7 Millionen Mark auf die Dauer von 4 Jahren zugesichert. Das vergangene Jahr erbrachte aus dem Stammgeschäft 2 472 752 Mk. Nettogewinn, 24 000 Mk. mehr als das Jahr vorher. Für Abschreibungen werden 1 142 299 Mk. veranschlagt, der

Aufsichtsrat erhält 140 207 Mk. Lantime, und auf das Aktienkapital gelangen wieder 8 Prozent Dividende zur Ausschüttung. Auf keinen grünen Zweig konnte die Raths-Damirer Papierfabrik gelangen. Die im Jahre 1888 gegründete Gesellschaft ist in den letzten Jahren wiederholt saniert worden. Im Jahre 1905 wurden die Aktien im Verhältnis von 2:1 zusammengelegt; ferner mußte eine Zuzahlung von 50 Prozent auf alle Aktien geleistet werden. Im Jahre 1909 wurde eine weitere Zuzahlung von 53 Prozent auf 790 000 Mk. Aktien erforderlich, die dadurch Vorzugsaktien wurden. Die übrigen 210 000 Mk. Aktien legte man im Verhältnis von 2:1 zusammen. Nun wird von den Vorzugsaktionären wieder eine Zuzahlung in der Höhe von 100 Prozent verlangt, andernfalls erfolgt wiederum eine Zusammenlegung der Aktien von 2:1. Die Sanierung ist notwendig für den Ausgleich der Unterbilanz, was wiederum erfolgt zur Vorbereitung des Aufgehens des Unternehmens in das Salzener Werk. Dessen Verwaltung unterbreitet den Aktionären einen auf den Erwerb des genannten Unternehmens gerichteten Antrag. Auch die Schlesische Zellulose- und Papierfabrik, A.-G., die für das letzte Jahr 7 1/2 Prozent Dividende verteilte, hat ein Expansionsbedürfnis und segelt auf dem Schiffe stolz geschmückter Hoffnung in die Zukunft hinein. In einem Prospekt über die Börsenzulassung von 1 Million Mark neuer Aktien wird bemerkt: Der Geschäftsgang im laufenden Geschäftsjahr ist normal. Die bisher vorliegenden Monatsausweise entsprachen denen des Vorjahres. Die Gesellschaft erwartet dadurch, daß sie mit Neuanlagen in Malsch ihren Gesamtbedarf an Zellulose für sämtliche Fabriken selbst herstellen wird, nicht nur eine angemessene Rentabilität der neuen Fabrik, sondern auch eine Erhöhung des Gesamtertrages.

Ein Blick auf die Entwicklung der Gewinne nimmt ein für die Unternehmer ganz erfreuliches Bild auf. Es schütteten z. B. Dividenden aus in Prozent:

	1908	1909	1910	1911
Ammendorfer Papierfabrik	12	22	28	28
Berliner Pappfabrik	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
Schönlwitzer Pappfabrik	12	12	12	12
Feldmühle, Papier- und Zellstofffabrik	7 1/2	10	12	12
Königsberger Zellstofffabrik	20	20	20	20
Hofheim, Zellulosefabrik	14	12	14	12
Reichholz, Papierfabrik	10	15	18	18
Waldhoff, Zellstofffabrik	25	15	15	15

Wenn auch die trockne Witterung des letzten Jahres einer Reihe Unternehmen ungünstig war, so haben sich die Verhältnisse doch im großen und ganzen erfreulich (für die Unternehmer) gestaltet. Da die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, besonders in der Großindustrie, noch weiter nach oben tendiert, wird sich für die Papierindustrie die in den erwähnten Berichten ausgesprochene Hoffnung auf gesteigerte Erträge wohl nicht als trügerisch erweisen. Es muß aber erwartet werden, daß die Fabrikanten die Arbeiter an dem Aufstiege teilnehmen lassen. Leider zeigen die Fabrikanten aber sehr wenig Reigung, den Arbeitern entgegenzukommen. Hier findet man noch sehr viel den durch kapitalistische Gewinnsucht vergrößerten patriarchalischen Geist, der in dem Arbeiter nur ein Objekt der Gnade erblickt. Von Gleichberechtigung will man hier nichts wissen und auch nichts von dem Anspruch der Arbeiter, an den Erträgen guten Konjunktur in entsprechender Weise zu partizipieren.

Autoritäres Herrschergefühl bekundete kürzlich noch in recht krasser Weise die Leitung der Papierfabrik Sackau bei Breslau. Nach der Reichstagswahl wurden die Eltern, deren Söhne und andere Angehörige den freien Gewerkschaften angehören, zusammenberufen. Man eröffnete ihnen, daß sie ihre Wohnungen in den Arbeiterwohnhäusern der Fabrik verlassen müßten, wenn sie ihre freie Zeit hinausgewiesen hätten. Da hat man wieder einen Beweis von dem Segen der — Wohlfahrtsvereine und von Arbeitsverhältnissen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Das Mittel dazu ist die Organisation!

Was am Papier verdient wird.

Ueber die Gewinne mancher Unternehmer wirft ein Steuerhinterziehungsprozeß, der kürzlich in Halle erledigt wurde, einiges Licht. Der Kaufmann und Industriellenunternehmer Simon Sernau wurde beschuldigt, seit dem Jahre 1904 unrichtige und unvollständige Steuererklärungen abgegeben und dadurch eine Steuerhinterziehung bewirkt zu haben. Er hatte eine Einlage von 15 000 Mk. in der Papierfabrik von Götting u. Co., die Riesengewinne abwarf, und diesen Reingewinn in seinen Steuererklärungen verheimlicht. Es wurde festgestellt, daß die Einlage von 15 000 Mk. in einigen Jahren einen Reingewinn von 59 000 Mk. abwarf. Die Strafkammer verurteilte den „Kerkerstein“ aber auf Grund des § 72 des Einkommensteuergesetzes zu einer

Selbststrafe von 10 000 Mk.

es für je 15 Mk. einen Tag Haft. In dieser Luxuspapierfabrik, die diese enormen Gewinne abwirft, werden die Arbeiterinnen mit 3 bis 5 Mk. pro Woche abgeholt. Im vergangenen Sommer, während der großen Ferien, hat der Unternehmer eine ganze Anzahl von Schulkindern für wenige Pfennige beschäftigt. Daß einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen Geld verdienen, soll anerkannt werden; diese sollen aber doch als Lohnempfänger gelten. Bei allen Gelegenheiten wird von den Vorgesetzten auf diese einzelnen Leute hingewiesen. Sichtlich bringt dieser Prozeß die Arbeiterklasse zu der Überzeugung, daß das Kapital selbst dann nichts freiwillig gibt, wenn es im Streit erstickt.

Keine Lohnerhöhung, aber Riesengewinn.

In dem soeben angeführten Bericht der Nordbayerischen Zellulosefabrik A.-G. Königstein i. Pr. über das Geschäftsjahr 1911 heißt es: Im Geschäftsjahre 1911 hatten wir einen Arbeiterbestand zu überwinden, der nach Wochen baute. Trotzdem haben wir den Betrieb aufrecht erhalten können, so daß wir wesentliche Anfälle weder an Produktion noch im Ertrage zu beklagen haben. Der Streik, zu welchem unsere Lohnverhältnisse keine Veranlassung gegeben, wurde mit einem vollen Erfolg für uns beendet. Die Aufstellungen zur Verbesserung unserer Betriebsbedingungen haben sich gut bewährt. Die hierzu gemachten Aufwendungen werden auch für die Folge die Leistungsfähigkeit unserer Werke günstig beeinflussen. In die Bilanz mußten wir eine Rückstellung von 100 000 Mk. einbringen für einen Teil der Einrichtungs- und Veranlagungsarbeiten, die bedingt werden durch die beschriebene Abänderung unserer Betriebsorganisation. Da der Referenzfonds die gesetzliche Höhe erreicht hat, beantragen wir, einen Referenzfonds II zu errichten und diesem aus dem diesjährigen Ertrage 75 000 Mk. zuzuwenden. Einlagensatz 149 737,38 Mk. Vortrag aus 1910 bezug der Reingewinn für 1911 1 337 561,85 Mk. Es sollen daraus nach Abzug der Einlagen von 552 924,90 Mk. (also Reingewinn 784 636,95 Mk.) und des erwähnten Rückstellungen sowie Reservefonds ein Referenzfonds, Einlagenrücklage und Unterhaltungsfonds im Gesamtbetrage von 50 000 Mk. 14 Prozent Dividende verteilt und 159 636,95 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen werden.

Was in dem Bericht über den Streik angeführt wird, ist sehr widersprechend. Es wird darin gesagt, daß trotz des Streiks keine wesentlichen Anfälle zu beklagen seien. So, ja! Nun, wenn die Nordbayerische Zellulosefabrik nicht Tausende von Mark für die „Hingebundenen“ und Streikbrecher ausgegeben hätte, so wäre das Ertragsverhältnis noch günstiger. Oder nicht? Warde doch für jeden „Hingebundenen“ eine Reimittelungsgeld von 3 Mk. an den Stellvertreter in Hamburg gezahlt, ferner freie Fahrt von und nach Hamburg. An Stundenlohn wurden den

Hingebundenen 40 bis 45 Pf. gezahlt. Ihre Kollegen erhielten vor dem Streik 33 bis 35 Pf. pro Stunde und forderten 33 bis 40 Pf. Die Firma wollte dies nicht zahlen und ließ es zum Streik kommen.

Wenn jetzt die Direktion über ihr gutes Geistesvermögen, ja hat sie ja auch dazu ihre Gründe. Die Aktionäre müssen doch ein günstiges Bild erhalten und zufriedengestellt werden. Dieses Ergebnis zu erzielen, war andererseits aber nur dadurch möglich, daß man nach Beendigung des Streiks die „streikbrechenden“ Mitarbeiter — wie sie Herr Direktor Behmann nannte — bei 24, ja 36 stündiger Arbeitszeit ganz gebräutig ausnahm.

Weiter wird in dem Bericht gesagt, die Lohnverhältnisse hätten zu dem Streik keine Veranlassung gegeben. Was denn? Waren die Löhne nach der Meinung der Direktion so gut, daß sie nicht verbesserungsbedürftig waren, wie kam es denn, daß die Direktion während des Streiks in der „Olektor Zeitung“ Arbeiter bei einem Tagelohn von 380 bis 4 Mk. suchte? Wo mußte sie doch der Ansicht sein, daß die vor dem Streik gezahlten Löhne zu niedrig seien. Jetzt, vor vier Jahren, hat die Direktion die Stundenlöhne von 33 auf 35 Pf. erhöht. Wo wieder ein Beweis, daß die Löhne zu niedrig waren und erhöht werden mußten.

Nun hat man einen gelben Arbeitswilligkeitsverein im Betriebe, und mit Hilfe der Gelben wird man versuchen, die Betriebsverhältnisse noch günstiger zu gestalten. Es wird aber ein Zeitpunkt kommen, wo die Arbeiter dieses Betriebes erkennen werden, daß sie vom Kapital nichts zu erwarten haben, daß sie vielmehr gemeinsam mit ihren Arbeitskollegen ihre Interessen vertreten müssen.

Verschiedene Industrien

Die Dividenden der Gummifabriken.

In Nr. 44 des „Proletariats“ vom Vorjahre hat Kollege Bruns, Frankfurt, eine eindringliche Mahnung an die Gummiarbeiter gerichtet. Er verbiets darauf, daß die allgemeine Marktlage für die Gummiindustrie insofern ungünstig sei, als die enorme Preissteigerung für Rohgummi und noch mehr der darauf folgende Jahre Preissturz eine ganze Reihe von Fabriken in eine prekäre Lage gebracht hat. Ein übrigens taten dann die fortdauernden Preiskämpfe der Fabriken untereinander, bei denen einige Großbetriebe, die durch Vernichtung der kleinen ihr Absatzgebiet erweitern wollten, die Haupttreiber waren. Mit Recht knüpfte Bruns an diese Betrachtungen die Mahnung an die Gummiarbeiter, sich durch rechtzeitigen Zusammenschluß gegen die Verminderung der Produktionskosten auf Kosten der Arbeiterlöhne zu sichern. Erfreulicherweise haben die Arbeiter in einer Reihe von größeren Betrieben diese Mahnung beherzigt, und es ist, wenigstens in den meisten Hauptbetrieben, gelungen, den Lohnstand zu erhalten.

Daß das nicht immer leicht war, hat besonders die Lohnbewegung bei der Firma Meßeler in München bewiesen. Diese Firma kündigte den bestehenden Tarif mit der ausgesprochenen Absicht, die Lohnsätze herabzubringen, und sie versuchte auch hartnäckig, diese Absicht bei den Verhandlungen durchzusetzen. Es gelang jedoch nach langwierigen Verhandlungen, nicht nur die geplanten Verschlechterungen abzumehren, sondern auch noch einige Verbesserungen zu erringen. Wir erwähnen dieses Beispiel hier besonders deshalb, weil ein Teil der Arbeiter den Erfolg nicht nach dem vorhandenen Kräfteverhältnis, noch nach der allgemeinen Wirtschaftslage, sondern nach dem Maß der eigenen Wünsche einschätzte und infolgedessen zu einer ungerechten Beurteilung kam, einer Beurteilung, die dadurch nicht richtiger wurde, daß ihre Träger ihrem Groll in einem recht ungehobelten Schreiben an die Redaktion des „Proletariats“ Ausdruck gaben.

Die jetzt bekannt werdenden Geschäftsberichte der Gummifabriken rechtfertigen die pessimistische Auffassung des Kollegen Bruns durchaus. Es zeigt sich, daß selbst leistungs-fähigen Fabriken die Luft ausgegangen ist oder doch ausgehen droht und daß nur einige wenige ganz und heil aus dem doppelten Kampf hervorgegangen sind. Wir lassen hier einige Hauptzahlen nach einer Zusammenstellung im „Hannoverschen Courier“ folgen.

Die Vereinigten Gummi-Fabriken Hamburg-Wien schlossen bei einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark per 30. Juni 1911 mit einem Verlust von 690 920 Mk. ab, der sich aus dem Vortrag aus 1909/10 auf 367 823 Mk. erhöhte; bei dem gleichen Aktienkapital per Ende 1910 einen Verlust von 566 645 Mk. auf. — Die Mitteldeutsche Gummimarktfabrik Louis Peter, Akt.-Ges., bei 5 Millionen Mark Aktienkapital einen solchen per 30. September 1911 von 1 131 374 Mk. und die Gummimarktfabrik Fulda, Akt.-Ges., Fulda, per 1910/11 einen Verlust von 1 152 745 Mk.; das waren noch 152 745 Mk. mehr als das Aktienkapital betrug. Er wurde dadurch getilgt, daß das Kapital von 800 000 Mark auf 400 000 Mk. herabgesetzt und durch Ausgabe von 600 000 Mk. Vorzugsaktien wieder auf 1 Million Mark gebracht wurde. 56 189 Mk. wurden durch Auflösung der Reserven gedeckt. Trotz dieser einschneidenden Sanierung zeigt sich Ende 1910/11 noch eine Unterbilanz von 696 607 Mk. — Die Weitzer Werke, Akt.-Ges. in Sandbed bei H 5 h f, schließen nach einer Anfang Februar 1911 vorgenommenen Sanierung, bei der die Unterbilanz von 659 074 Mk. gedeckt und auf Patente 105 926 Mk. abgeschrieben wurden, mit einem Reingewinn von nur 548 Mk., wobei noch hervorzuheben ist, daß die Abschreibungen sehr niedrig bemessen worden sind. — Die Saffia-Pneumatikwerke, G. m. b. H. in Gießen, sind nach nur zweijährigem Bestehen im Juli 1911 in Konkurs gegangen; dem ursprünglichen Kapital von 250 000 Mk. standen Schulden in der Höhe von 200 000 Mk. gegenüber. — Die Akt.-Ges. Meßeler u. Co., München, schließt das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust von etwa 750 000 Mk. ab, zu dessen Deckung der Referenzfonds und der Spezialreferenzfonds von 640 000 Mk. nicht ausreichten, so daß noch 110 000 Mk. als Verlustvortrag bleiben. — Die Bremer Gummimarktfabrik Polad, Akt.-Ges., konnten bei einem Aktienkapital von 924 000 Mk. nur 1410 Mark Reingewinn erzielen. — Die Bilanz der B. Polad, Akt.-Ges. in Waltershausen, ergibt einen vorzutragenden Verlust von 335 576 Mk., nachdem bereits von einigen der Verwaltung angehörenden Großaktionären 700 000 Mk. der Gesellschaft zur Verfügung gestellt worden waren, die auf Warenkonto Verbuchung gefunden haben. Ueber Reserven verfügt die B. Polad-Akt.-Ges. nicht, trotz eines Aktienkapitals von 3 Mill. Mk. — Die Deutsche Dunlop-Gummifabrikation, Akt.-Ges. zu Hannover, kündete das Geschäftsjahr per Juli 1911 bei 3 Millionen Mark Aktienkapital mit einem Gesamtverlust von 1 310 889 Mk., wobei noch ins Gewicht fällt, daß die Kredit-

topen auf 2.650.804 M. angewachsen sind und nur ein Verlust...

Selbstverständlich gibt es nicht nur Verluste, sondern auch Gewinne...

Bemerkenswert ist, daß von einer Minderbeschäftigung in der Gummind...

Unfälle. Benzolexplosion. Am 2. April entstand in den Dunstlopfwerken in Hanau...

Gegnerische Gewerkschaften.

Die Selben über die Christlichen Gewerkschaften.

In unserm Hinblick auf den Streit der Bergarbeiter im Ruhrrevier...

Von den Christlichen Gewerkschaftsführern kann man alles erwarten.

Der Streitbruch als Prinzip Christlicher Gewerkschaften.

Am Sonntag, dem 11. März, sprach der Angestellte Voßler vom Bergarbeiterverband...

Auf diesem Boden, wo wir jetzt stehen, mögen Kämpfe kommen...

Als Voßler entgegnete, gab dieser zunächst die Richtigkeit des zitierten Sages zu.

Damit haben Sie, Herr Engel, zugegeben, daß sich die Christlichen Gewerkschaften...

Diese Erklärung hat Herr Engel durch den Ruf: „Sehr richtig!“ sofort unterbrochen.

Im Christlichen Hilfsarbeiterverbänden in Wittenberg scheint eine merkwürdige Ordnung zu herrschen...

Um solche Elemente zur Vernunft zu bringen (gemeint sind Unorganisierte)...

An diese Kofheit erinnerte ein sozialdemokratisches Blatt anlässlich der heuchlerischen Enttarnung...

Demgegenüber stelle ich fest, daß diese Kofheit weder mit noch dem zu der Zeit...

Vorab sei bemerkt, daß die gemüthvolle Bemerkung nicht in einem Bericht aus Solnhofen...

Der Streit in Dresden. Der Streit bei der Firma S. Friedberg, Apphals, Holz...

Noch ein Stückchen christlicher Taktik. Im Münchner Mollabfußgewerbe...

Streits und Lohnbewegungen.

Streits und Differenzen bestehen in Vadenhausen-Lagenstein (Gipsfabrik), Breslau (Dachpappenfabrik)...

Erfolgreiche Lohnbewegungen im Gau 15 (Giß Hamburg) im Monat März 1912.

Hamburg. Der Firma „Steinmüller Werke, Gemische Fabrik, in Schiffsd werden im Auftrage der Arbeiter Forderungen...

In der Chemischen Produktenfabrik A.-G. wurden Forderungen auf Abschaffung der 24stündigen Beschäftigung...

Die Arbeiter der Chemischen Werke Prenglau unterbreiten der Firma ein Gesuch auf Regelung des Arbeitschlusses...

Eine ähnliche Forderung stellen die Arbeiter der Kohlenäsurewerke, C. G. Rommelhölzer, A.-G. Mit der genannten Firma wurde...

Der Firma Verein Deutscher Delfabriken A.-G. wurden ebenfalls Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit...

Vanenburg. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Jüdhölgfabrik von Ad. Schönfeld...

Wart a. d. Oeffe. Ausgang Februar hatten unsere Kollegen von dem Schneidewälzen Lohnforderungen...

Breslau. Der Streit bei der Firma S. Friedberg, Apphals, Holz...

Der Streit bei der Firma S. Friedberg, Apphals, Holz...

Der Streit bei der Firma S. Friedberg, Apphals, Holz...

22 Pf. für unter 20 Jahre alte Arbeiter, und von 35 Pf. für über 20 Jahre alte Arbeiter...

Chemnitz. In Marienberg, der Stadt mit den niedrigsten Löhnen im ganzen Erzgebirge...

Karlshagen. Der Streit bei der Firma D. J. Hoff u. W. Schmidt...

Stahlfabrik Leopoldsdorf. In der Dachpappen, Holzgeräth- und Zeltfabrik von A. F. Malchow...

Stralsund (Gf.). Streit der Ziegler. Der Streit der Ziegler dauert ungebrochen an.

Höheim. 9. April. Zum Streit der Ziegeleiarbeiter. Nächster Versuch...

Höheim. 9. April. Zum Streit der Ziegeleiarbeiter. Nächster Versuch...

Höheim. 9. April. Zum Streit der Ziegeleiarbeiter. Nächster Versuch...

Übersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1912.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl, Zu- oder Abnahme, Arbeitslose Mitglieder, and various sub-categories of unemployed workers.

Folgende Zahlstellen haben die statistische Berichtskarte nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingeleitet: Gau 1: Blomberg, Bramsche, Bünde, ...

Wenn sich mal die elässliche Gewerkschaften etwas um die aller Beschreibung spottenden Wohnungen kümmern würde, die die Italiener inne hatten, und auf Abhilfe drängen würde, wäre es kein Fehler.

Strelitz-M. Wir schreiben vor einiger Zeit, daß ein Teil der Sägewerksbesitzer von Strelitz deshalb die Arbeiter ausgesperrt hat, weil sie sich weigerten, dem „Vaterländischen Arbeiterverein“ beizutreten.

geht wirklich auf keine Kuhhaut und steht im direkten Widerspruch mit dem christlichen Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Leider muß gesagt werden, daß durch diese Kampfweise, wenn auch nicht so sehr die Arbeiter, so aber doch ein Teil ihrer Frauen wieder in dumpfe Verzweiflung gefallen sind und den Glauben an die Sache verloren haben.

drauf 290,04. Pittau 288,03. Schlenk 278,16. Hennigsdorf 236,96. Genthin 186,24. Jagnitz 181,98. Nienburg a. d. W. 165,29. Pöppeln 156,02. Grabow i. M. 133,40. Werfburg 115,42. Bonn 115,03. ...

Korrespondenzen.

Düsseldorf. Der Firma Komrad Wm. Schmidt, Lackfabrik, Düsseldorf, löst die Arbeiterwechsel, der bei den niedrigen Löhnen sehr begünstigt ist, große Kopfschmerzen zu machen. Um dem Unheil abzuweichen, ist die Firma auf den nicht gerade neuen Einfall gekommen, das Dienstplakat zu prämiieren.

Krankenkassenverbände und Leipziger Ärzteverband.

Von den großen Krankenkassenverbänden werden wir im Veröffentlichung der folgenden Erklärung gebeten: Der Leipziger Ärzteverband verbreitet in der Öffentlichkeit die Mitteilung, daß die Krankenkassen den Kampf gegen die Ärzte im stillen vorbereiten.

Die Abrechnung für das erste Quartal 1912 haben eingeleitet: Jörbig, Kolbermoor, Hönningen, Schwabach, Singen, Noffen, ...

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretene in.

Verbandsnachrichten.

Achtung! Agitationsmaterial! Den Inhabern von Agitationsmappen zur Nachricht, daß den Ortsvereinsaktionen neues Agitationsmaterial für die Ziegel- und Zementindustrie zugegangen ist.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gerhard Hermann Herzer, Mühlstr. 13. Königsberg: Arno Flemming, Schwarzburger Straße 11, 2. St. Rheinfelden: Johann Deng, Chemische Fabrik. ...

Leipzig a. M. (Kirche und Arbeiterbewegung.) Die Gründung einer Zählstelle des Fabrikarbeiterverbandes und der Aussall der Mitgliedszahl an den letzten Sonntag hat so etwas gemacht, daß er anfangs keine einzige Stimme mehr hatte. Und gar schweres Schicksal muß er erdulden, um die Arbeiter der hiesigen Gewerkschaft zu gewinnen.

Chemische Industrie

Das Elend der Gifffabrikanten vor dem Reichstag.

In der Reichstags-Sitzung vom 20. März nahm, wie schon berichtet wurde, beim Titel „Gesundheitsamt“ Kollege Wrey erneut die Gelegenheit wahr, für die Arbeiter der chemischen Industrie mehr Arbeiterschutz zu fordern. Wir lassen heute das amtliche Stenogramm seiner Rede folgen.

Nachdem Kollege Wrey den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion über die Weinfrage präzisiert und das Ausbleiben des längst versprochenen Nahrungsmittelgesetzes moniert hatte, ging er auf die Notwendigkeit eines besseren Arbeiterschutzes in der chemischen Industrie ein. Er führte aus:

„Damit möchte ich zu jenem Punkte übergehen, der mir Veranlassung gegeben hat, mich zum Worte zu melden: das ist unsere Resolution auf Nr. 283 der Drucksachen. Sie lautet:

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichsminister zu ersuchen, bei Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie auch Vertreter von Arbeiterorganisationen der chemischen Industrie zur Mitwirkung heranzuziehen.

Bei dem Kapitel „Besetzung des Staatssekretärs“ sind diese Erhebungen von Herrn Ministerialdirektor Caspar für die chemische Industrie in Aussicht gestellt worden, und zwar sollen sie vorgenommen werden unter Leitung des Gesundheitsamts. In bezug auf diese in Aussicht gestellten Erhebungen gestatte ich mir im Namen meiner politischen Freunde dem Reichsgesundheitsamt einige Wünsche zu unterbreiten.

Vor allen Dingen bedauere ich, daß der notwendige und bringende Schutz der Giftarbeiter, der von meinen politischen Freunden und auch von mir wiederholt in diesem hohen Hause gefordert worden ist, auf die lange Bank der Erhebungen geschoben werden soll, und ich wünsche, daß mindestens in einer Anzahl von Betriebszweigen im Sinne eines besseren Schutzes der Giftarbeiter ohne diese Erhebungen vorgegangen wird, und namentlich in jenen Betriebszweigen, für welche das Ausland den Giftarbeitern vielfach einen Schutz gewährt, der über den allgemeinen Arbeiterschutz hinausgeht. Ich darf da verweisen auf England, auf Belgien, auf Italien, auf Portugal, auf Dänemark, die für eine große Reihe chemischer Betriebe besonderen Schutz geschaffen haben. Auf die Einzelheiten dieses Schutzes will ich wegen der Geschäftsfrage des Hauses nicht eingehen; sie sind dem Gesundheitsamt ja aber auch bekannt. Verweisen möchte ich nur darauf, daß man im Deutschen Reich bislang beharrlich es ablehnte, Bundesratsverordnungen zugunsten der Zelluloidarbeiter zu schaffen, während man die allgemeinen Verordnungen sowohl in Österreich wie in Italien und Portugal geschaffen hat, wo sie zu einem allgemeinen Schutz der Zelluloidarbeiter ausgedehnt sind.

Ich überlasse keineswegs, wenn ich die Behauptung aufstelle: Deutschland steht im Schutze der Giftarbeiter hintenan; es ist aber mit der chemischen Industrie voraus, wenn es sich um die Erzielung von Profitten und Gewinnen handelt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ohne Zweifel wird ja das Reichsgesundheitsamt bei der Vorbereitung der Erhebungen, die doch zu Schutzmaßnahmen führen müssen, auch die Rentabilität der Betriebe irgendwie im Betracht ziehen. Aus diesem Grunde darf ich darauf hinweisen, daß in der chemischen Industrie die Rentabilität ungefähr doppelt so günstig ist wie in den übrigen Industriezweigen überhaupt. Im einzelnen darf ich kurz darauf hinweisen, daß beispielsweise die Höpfer Farbwerte im Jahre 1910 einen Reingewinn von 14 221 409 M. gehabt haben. Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat einen Reingewinn von 12 297 939 M. und die Elberfelder Farbwerte einen Reingewinn von 13 605 619 M.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialen Kosten dieser Betriebe erfordern ungefähr die Ausgabe von 1,2 Prozent des Reingewinns.

(Hört! hört!)

Es muß einmal ausgesprochen werden, daß an solchen Gewinnen viel weniger Arbeiterblut zu leben braucht, und daß die Erzielung solcher Reingewinne schon mit erheblich weniger Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbunden sein dürfte.

Im Reichsgesundheitsamt wird es ja bekannt sein, aus welchen Ursachen im Ausland der Spezialschutz der Giftarbeiter geschaffen worden ist. Die gleichen Ursachen erscheinen auch in Deutschland bringend besseren sanitären Schutz für die Giftarbeiter, und wir erwarten, daß er in einem lebhafteren Tempo in Deutschland geschaffen wird. Zeitraubende Erhebungen dürfen nicht zu einer Verzögerung dieses Schutzes führen, und in den Zweigen, für welche das Ausland den besonderen Schutz bereits geschaffen hat, dürfte die Frage überhaupt spruchreif geworden sein. Dann betone ich weiter, daß auch die Erweiterung des Schutzes einer anderen Gruppe von Giftarbeitern schlüssig ist: das sind die

Arbeiter in den Bleiweißfabriken.

Eine Erhebung der Bleiweißfabrikanten versucht die Erkrankungen in Bleiweißfabriken als ganz unerschließlich und unbedeutend erscheinen zu lassen. Ich habe mir gestattet, einige Bilder auf den Tisch des hohen Hauses zu legen, an welchen die Folgen der Bleiweißvergiftungen beobachtet werden können. Aber wenn das Gesundheitsamt dazu kommen sollte, das Ergebnis dieser Erhebungen des Bleiweißfabrikantenverbandes irgendwie zu würdigen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß bei diesen Erhebungen eine Methode beliebt worden ist, die ja ganz falschen Schlüssen führen muß und einer Schandfärberei so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Die Arbeiter, welche die Kammerarbeiten verrichten, die Bleikammern besichtigen, das gefällte Bleiweiß austräumen, sind bei dieser Erhebung vollständig außer acht gelassen, und gerade sie sind den Vergiftungsgefahren ausgesetzt. Zu diesen Arbeiten werden Passanten, Wanderarbeiter, Wärfelarbeiter, Arbeiter anderer Betriebe herangezogen, und nach vollzogener Arbeit gehen sie ihres Weges. Aus den Krankenstatistiken der Bleiweißfabriken fallen sie vollständig heraus.

Für den Wechsel in den Bleiweißfabriken möchte ich ein ganz unbedeutendes Zeugnis hier anzuführen mir gestatten. Das „Archiv für soziale Hygiene“, 4. Band 1. Heft Seite 10 gibt eine Darstellung des harten Wechsels der Arbeiter in Bleiweißfabriken. Da heißt es:

In den Jahren 1907 bis 1908 waren in zwei Düsseldorfener Bleiweißfabriken durchschnittlich 56 Arbeiter beschäftigt. In Wirklichkeit war aber die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter 719.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Status der Arbeiter hätte also dreizehnmal gewechselt. Es liegt nun nahe, daß die Nichtberücksichtigung dieses Wechsels der Arbeiter bei der Krankenstatistik zu ganz falschen Schlussfolgerungen führen muß.

Die Gefahr der Vergiftung entsteht durch Hamtieren mit nassem Bleiweiß, dem die löslichen Weislinge noch anhaften, durch das Tröden, Röhren, Verdampfen und Anreiben des Bleiweiß. Diese Gefahr der Vergiftung könnte zum großen Teil vermieden werden, wenn das nasse Verfahren eingeführt würde. Ich stelle daher dem Reichsamt des Innern zur ernstlichen Ermüdung anheim, die Bleiweißverordnung vom Jahre 1903 dahin zu ergänzen, daß das trockene Verfahren bei der Bleiweißherzeugung einfach unterlagert wird. Diese Verordnung beschränkt sich fast lediglich darauf, Maßnahmen gegenüber der Stäubungsvermeidung zu treffen. Ich meine, daß durch das nasse Verfahren der wirkliche Gefahren-

herd wenigstens zum großen Teil beseitigt wird, und nach sachverständigem Urteil ist das nasse Verfahren betriebstechnisch leicht einzuführen, und wenn eingeführt, ergiebiger und nützlicher als das trockene Verfahren. Es bildet dieses Verfahren auch einen Vorteil für die Unternehmer; es ist rationeller, es ist rascher. Ich glaube, auch dieser Grund dürfte mit in Berechnung zu ziehen sein.

Aber auch im Interesse der menschenfreundlichen Arbeitgeber ist es notwendig, die dahingehenden Ergänzungen der Bleiweißverordnungen zu fordern. Es ist nämlich festgestellt, daß in Offenbach die Erkrankungen in einer Bleiweißfabrik wesentlich zurückgegangen waren. Auf einmal nahmen sie wieder zu; und als man den Ursachen nachging, stellte es sich heraus, daß der Betrieb durch die Konkurrenz und die Kundigkeit dazu veranlaßt worden war, Bleiweiß zum Teil wieder im Trockenverfahren herzustellen.

(Hört! hört! links.)

So nahmen die Erkrankungen wieder nicht unbedeutlich zu. Mit Opfern an Arbeitergesundheit wurde so dem Aberglauben der Abnehmer, daß das trockene hergestellte Bleiweiß besser sei, weiter Rechnung getragen. Ich meine, im Interesse jener menschlichen Arbeitgeber, die auf die Gesundheit ihrer Arbeiter Rücksicht genommen haben, sollte eine Ergänzung unserer Bleiweißverordnung in die Wege geleitet werden in dem Sinne, wie ich mir anzudeuten gestattete.

Daß unsere Gewerbehygiene vor ganz neue Aufgaben gestellt ist, beweist eine Veröffentlichung des internationalen Arbeitsamtes. Sie enthält eine Giflliste, die über 70 Substanzen enthält, durch welche gewerbliche Vergiftungen veranlaßt werden. Aus dem Gewerbeamt für Hessen erhellt, daß im Jahre 1910 60 Erkrankungen durch Einatmung giftiger Stoffe oder durch Verätzung mit solchen Stoffen entstanden sind; circa 30 Stoffe haben Erkrankungen bewirkt.

Eine Schilderung der Folgen dieser Erkrankungen verfolge ich mir heute mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses. Ich habe wiederholt Gelegenheit genommen, Krankenziffern hier dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen, so daß ich auf meine früheren Darlegungen verweisen darf. Einen schwachen Einblick in die Folgen gewähren die Abbildungen, die ich auf den Tisch des hohen Hauses niedergelegt habe; sie waren für die Hygieneausstellung in Dresden bestimmt. Es ist bekannt, daß die Teilnahme den Gewerkschaften unumgänglich gemacht worden ist. Ich mache auf einige der Abbildungen aufmerksam, welche Wohnhäuser chemischer Fabriken darstellen, aus denen un schwer zu erkennen ist, wie verhältnismäßig die Ausdünstungen selbst in die Wohnhäuser zu wirken geeignet sind, wie sie vergerend wirken auf die umgebende Vegetation. Ich verweise ferner auf die Bilder von Arbeitergruppen, die Sie wiederholtentlich in der anliegenden Karte finden. Die Arbeiter haben ihre Beine mit unformlichen Packungen umgeben. Das ist ein ungeeigneter Schutz gegen Verätzungen, gegen Verbrennungen. Die Arbeiter müssen sich selbst diesen persönlichen Schutz verschaffen, weil ihnen auskömmlicher Schutz heute noch verweigert ist.

Mit einigen Worten will ich die Notwendigkeit begründen, daß bei den gedachten Erhebungen die Arbeiter mit herangezogen werden müssen. Diese Erhebungen wollen wir nicht nur unter Zugziehung der Arbeiter in der chemischen Industrie, sondern auch selbstverständlich für die Erhebungen, die für die keramische Industrie gedacht sind. Ich sage, es ist notwendig, die Arbeiter als kontrollierende Instanz mit heranzuziehen, weil sie einmal die Praxis mitebringen, und weil andererseits das Bestreben offen anzugehen ist, hier Schandfärberei zu treiben. Ich verweise zum Beispiel auf folgende Tatsache. In Offenbacher Betriebskrankenkassen sind Bleiweißkrankungen nicht vorhanden gewesen, während sie in der Ortskrankenkasse zu Offenbach vielfach ermittelt und festgestellt worden sind. Warum es in den Betriebskrankenkassen keine Bleiweißkrankungen gab, ich glaube, darüber braucht man besondere Betrachtungen nicht anzustellen.

Dann sind aber zwei Erhebungen aus dem Gebiete der chemischen Industrie in der letzten Zeit zustande gekommen ohne Zugziehung der Arbeiter durch Aufsicht der Fabrikantenorganisationen und Heranziehung auch der Berufsgenossenschaft, die hintennach als falsch und unzureichend erwiesen worden sind. Die erste ist jene der Bleiweißfabrikanten, die für die Hygieneausstellung in Dresden veranstaltet worden ist. Sowohl in der bezüglich der Prospektur als auch auf den großen Wandtafeln, die in der gewerbehygienischen Ausstellung zu Dresden prangten, waren falsche Ziffern über die Krankheitsresultate angegeben. Als der Redakteur eines gewerkschaftlichen Organes, Herr Schneider-Hannover, auf diese falsche Darstellung aufmerksam machte, wurde die Seite aus der Prospektur herausgeschnitten und durch eine solche mit richtigen Ziffern ersetzt, auch wurden die Ziffern auf den Wandtafeln entsprechend geändert.

Die zweite Erhebung wurde vom Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie unter Heranziehung von Vertrauensärzten und der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie veranstaltet. Als Zweck der Erhebungen wurde ganz offen angegeben, der Verein der chemischen Industrie Deutschlands habe ein Interesse an der Statistik, weil er hoffe, damit den Beweis zu erbringen, daß die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen über das hohe Maß der Gesundheitsgefährlichkeit der chemischen Industrie übertrieben seien. Die Erhebung belam also von vornherein ihre Tendenzrichtung vorgezeichnet, und Herr Dr. Curischmann, ein Arzt der Sprenger'schen Werke, hat dann die Bearbeitung dieser Erhebungen vorgenommen. Das Ergebnis lag ganz in den Richtlinien, die durch die Wünsche des Vereins der chemischen Industrie gegeben waren. Der Herr „Stellte fest“, daß gewerbliche Erkrankungen und besonders Vergiftungen in der chemischen Industrie eine geringfügige Rolle spielen. Auch dieser Arbeit ist öffentlich nachgewiesen worden, daß sie falsch in der Methode und falsch in ihren Ergebnissen ist. Auch darüber hat man sich nicht zu wundern, nachdem die Wünsche des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie bekannt waren.

Die falschen Schlussfolgerungen, die Fehler in der Methode sind aber in beiden Fällen nicht Zufall, sondern bewußte Abficht, um die Deffektivität, die Aufzuchtseigenschaft und die Gefährdung irreführend, ihnen vorzumachen, daß die Gesundheitsgefahren gar nicht so schlimm seien. Eine solche Wirkung von vornherein auszuschalten, ist der Zweck unserer Resolution. Meine Freunde fordern, daß zu der angekündigten Erhebung auch

Vertreter von Organisationen mit herangezogen

werden, d. h. Mitglieder von Gewerkschaften der chemischen Industrie. Ich möchte das hohe Haus ersuchen, dieser Resolution zuzustimmen. Es ist notwendig, den Einfluß der Arbeiter bei diesen Erhebungen zu fördern, wenn der Zweck durch die Erhebungen erreicht werden soll. Richtlinien für den Schutz der Giftarbeiter vorzubereiten und in die Wege zu leiten. In der chemischen Industrie haben sich die Verhältnisse zu großen Gefahren für die Arbeiter ausgewachsen. Es ist Sache des Reichsgesundheitsamtes, seinen Aufgaben entsprechend den Herrn Reichsminister zu beraten, daß er hier nach dem Rechten sehen kann. Das Reichsgesundheitsamt hat den Charakter, bei den Gesetzen zur Förderung des Gesundheitszweckes mitzubedenken, und dazu gehören auch die in der Gewerbeordnung und sonstigen Verordnungen einschlagenden Bestimmungen.

Wie der Schutz der chemischen Arbeiter zu gestalten ist, dafür haben unsere Anträge und Resolutionen, die sich in den Akten des Reichstages finden, deutliche Fingerzeige gegeben, vor allen Dingen auch unsere Resolution, die wir zum Titel Staatssekretär gestellt haben, und über die die Abstimmung noch aussteht. Ich ersuche Sie, dieser Resolution Ihre Zustimmung geben zu wollen, und schließlich erlaube ich das hohe Haus der Resolution 283 zuzustimmen zu wollen. Im Interesse des Arbeitsschutzes der Arbeiter der chemischen Industrie ist das dringend erforderlich.

(Drav! bei den Sozialdemokraten.)

Aus der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Der Paranzitransilbetrüb der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist äußerst gesundheitsgefährlich, ja sogar lebensgefährlich. Das geht schon daraus hervor, daß einige Arbeiter (die an der Mühle beschäftigten) täglich nur wenige Stunden beschäftigt werden und einen verhältnismäßig hohen Lohn bekommen. Die Krankheitserscheinungen, blaue Fingerringel und blaue Lippen, äußern sich bei frischgestellten Arbeitern gewöhnlich schon nach wenigen Stunden. Wäre die Gewerbeaufsicht auf der Höhe und hätten die chemischen Industriemagnaten nicht einen über alle Massen großen Einfluß auf die Gesetzgebung, in diesen Betrieben dürfte kein Arbeiter mehr 9-10 Stunden täglich beschäftigt werden. Ueber sechsständige Arbeitszeit im Parabetrieb bedeutet für die Arbeiter, wenn auch langsame, aber sicheren Tod. Angesichts solcher Gefährlichkeit dürfte eine peinliche Sauberkeit und Beachtung der gesundheitlichen Vorschriften am Plage sein. Aber in der Anilinfabrik fehlt es auch daran. An den Trockenapparaten waren bis zum Streit drei Arbeiter beschäftigt, von denen im Sommer jeder am dritten Tag von mittags halb 12 Uhr an frei hatte. Nach dem Streit mußten zwei Arbeiter die Apparate bedienen. Freie Nachmittage gibts nicht mehr. Die Trockenwalze, auf der das Para gekleinert wird, bedient ein Mann. Die Trockenwalze steht im dritten Stock. Darunter im ersten Stock steht ein sogenannter Kochkessel, in dem die gebrauchten Aufschüttler ausgetrocknet werden. Dabei entwickeln sich Paradämpfe, die frei in alle Stockwerke ziehen und den Arbeitern an der Walze die Gesundheit vernichten. Ein Arbeiter, der die Walze zwei Jahre bedient und war im Jahresdurchschnitt bis sieben mal krank. Der jetzt die Walze bedienende Arbeiter ist wiederholt krank gewesen. Sind die Aufschüttler genügend gereinigt, dann wird das folgende Wasser aus dem Kessel gelassen und fließt in offener Rinne durch den Bau, den ganzen Bau mit giftigen Paradämpfen erfüllend und lästigen Gestank verbreitend. Dieser Kessel hat in dem Betrieb nichts zu tun und muß beseitigt werden. Im Parabetrieb sind drei Panzerteller vorhanden, die je circa 1100 Liter fassen. In diesen Kesseln liegen Kitzschlingen, die die Säure fällen und dadurch ein Entweichen der Säuredämpfe verhindern. In einem Kessel sind die Schlingen eines alten Kessels, der nur circa 280 Liter faßt, provisorisch verwendet worden. Diese kleine Schlinge ist nicht entfernt dazu angetan, die Säure zu fällen. Die Säuredämpfe durchziehen den ganzen Betrieb, beschäftigen alle Arbeiter, vorwiegend über den Mann an der Trockenwalze. Dieser Mann hat wahre Höllequalen zu erdulden. Ihn beschäftigen der Parafaub von der Walze, die Paradämpfe aus dem Kochkessel und die Säuredämpfe aus dem Panzerteller mit seiner unzureichenden Kühlung. Der Kochkessel steht aber auch so nahe am Bad, daß die Paradämpfe die Speisen der Arbeiter in das Bad gelb färben. Im ganzen Parabetrieb ist Tabakrauchen, Trinken und Essen streng verboten. Aber die Durchsetzung der Weilen im Bad durch die Dämpfe des Kochkessels läßt die Anilin ruhig geschlehen. Der Aufseher müht sich auch, daß keine gelben Schlingelinge, deren es im Betrieb vier gibt, sich in die Ecken verkrühen und ihr Brot essen. Im Interesse auch dieser Arbeiter müssen wir gegen diese gesundheitsgefährliche Duldung protestieren.

Aus den Höpfer Farbwerten.

Im Bombenraum weichen der Betriebsführer Prügler, der Oberaufseher Prinz sowie der zweite Aufseher und diverse Vorarbeiter, darunter als besonders zu kennzeichnen der Vorarbeiter Winterer, miteinander, die Arbeiter anzutreiben und ihnen alle mögliche Arbeit aufzuhalsen, um ja den Profit zu steigern. Dieser Betrieb ist einer der giftigsten und gefährlichsten. Anstatt den Arbeitern eine besondere Zulage für diese Arbeit zu bewilligen, weil niemand länger als ein Jahr darin beschäftigt werden darf, sieht man völlige Gleichgültigkeit bei den Vorgesetzten. Die Arbeiter müssen sich noch als Faulenzer titulieren lassen. Im Gesundheitsinteresse der Arbeiter müssen wir es öffentlich auf das schärfste sagen, daß die Arbeiter gezwungen werden, von den Apparaten und Bomben fortzugehen, um andere Arbeiten mit zu verrichten. Es passiert, daß die Apparate überdampfen und der giftige Dampf sich im ganzen Raume verbreitet. Eine der rühmlichsten und unzureichendsten Einrichtungen ist, das Phenol frei, ohne Abzug auszulassen, so daß sich der Dampf jedesmal im Raume verbreitet und Gesundheitsgefahren hervorruft. Die Fürsorge der Vorgesetzten, namentlich des Herrn Prinz ist dabei besonders zu erwähnen. Ein Arbeiter, dem unwohl wurde und blauerfärbt an Vergiftung die Arbeit einstellen mußte, wurde in die Kammer geschickt, um sich für sein Geld Mühe zu laufen; dann mußte er ein kaltes Bad nehmen und eine halbe Stunde in die frische Luft gehen. Damit war die Sache abgetan. Daß vor allen Dingen sich auch der Arzt dieser Leute anzunehmen hätte, das kümmert diese Herren nichts. Es wird daher verlangt, daß eine besondere Fürsorge für die Arbeiter dieses Betriebes eintritt. Die Arbeitszeit müßte eine ganz erhebliche Verkürzung erfahren, der die Apparate bedienende Arbeiter soll zu keiner sonstigen Arbeit noch nebenbei angehalten werden. Man stelle mehr Leute ein. Der Lohn muß ein viel besserer sein; eine besondere Zulage wäre sehr am Plage. Die Behandlung der Arbeiter müßte ebenfalls eine bessere sein. Namentlich der Vorarbeiter Winterer sollte sich seine Übungen als zukünftiger Aufseher sparen. Es ist ein Skandal, daß Arbeiter von abends 9 bis morgens 4 Uhr, ohne etwas essen und trinken zu können, an den Bomben auszuhalten müssen, und zwar ohne Pause, weil es keine Abkühlung gibt. Herr Winterer erklärt einfach, es stinge so. Dann ist weiter darauf zu bestehen, daß die frischen Arbeitsanträge alle Woche, nicht, wie in der letzten Zeit, alle 14 Tage, geliefert werden.

Die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft als Kritiker.

Die Jahreskonferenz der technischen Aufsichtsbeamten der chemischen Berufsgenossenschaft, die kürzlich stattfand, hatte auch eine Besprechung unserer Schrift über „Die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“ auf der Tagesordnung. Ueber die Einzelheiten der Beratung sind wir nicht unterrichtet; in der „Ch. Ind.“ wird nur bekannt gegeben, daß der Referent — der Name wird verschwiegen — über diesen Punkt erklärt hat, der Verfasser der Schrift hätte, obwohl er „sich scheinbar der größten Objektivität befleißigte“, die Gefahren „durchaus einseitig und tendenziös“ dargestellt, um „die Arbeiter gegen die Unternehmer aufzuheben und sie zum Beitritt zur Organisation zu veranlassen“.

Wir nehmen diese Weisheit mit gebührender Bescheidenheit zur Kenntnis und erklären zugleich, daß das so ziemlich die einseitigste Beurteilung der Schrift ist, die uns seither zur Kenntnis gekommen.

Unfall-Liste.

Am 12. April ereignete sich in der chemischen Fabrik Bly in Berlin eine Petroleumexplosion. Die Fabrik fertigt als Spezialität Feueranzünder aus Hartpetroleum, Fett und andern chemischen Mitteln. Als ein Arbeiter mit der Fabrikation betraugter Anzünder beschäftigt war, löste plötzlich die Petroleummasse über, und es erfolgte eine heftige Detonation. Lange Strohflammen schossen durch den Raum und brachten auch mehrere andre Petroleumbehälter, die annähernd achtzig Liter Petroleum enthielten, zur Explosion. Die Arbeiter der Fabrik konnten sich nur durch schnelle Flucht in Sicherheit bringen. Eine Person erlitt leichte Verbrennungen im Gesicht und an den Händen.

Verbrannt mit Lauge. Der in der H. S. F. beschäftigte Arbeiter Hans Schuster verbrannte sich am 2. April im Bau 337 scharflich das Gesicht mit Natronlauge. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Borech ist der Mann vollständig erblindet, ob er das Augenlicht wieder erlangen wird, läßt sich nach Aussage der Ärzte jetzt noch nicht mit Gewißheit feststellen.

Fulver-Explosion. Eine fürchterliche Explosion erschütterte am 1. April ganz Neuport. Die Pulvermühle Vossin und Rand Company in Little Falls bei Neu-Yersey explodierte aus bisher noch unbekannter Ursache. Die Erschütterung machte sich in einem Umkreis von zwanzig Meilen bemerkbar. Nach der bisherigen Feststellung sind zwei Tote und sieben Schwerverwundete gefunden worden, doch befürchtet man, daß viele Tote noch unter den Trümmern vergraben sind. Die Explosion wirkte wie ein Erdbeben. Tausende von Fensterstücken in den nähergelegenen Orten sind zerbrochen, die Fensterstücken von Waggons in über fünf Meilen entfernten Bächen wurden teilweise gesprengt. Die gesauten Pulvervorräte sind in Explosionen ausgegangen.

Fabrikbrand.

Am 19. April brach in der chemischen Fabrik von G. F. Voehring Söhne in B. Idhof bei Mannheim Professor aus, daß durch die Fabrikfeuerwehr noch anstrengender mehrstündiger Arbeit bewältigt werden konnte. Der Gesamtumfang betrug circa 6000 Mark. Die Ursache des Brandes ist Selbstentzündung chemischer Produkte. Ein Fabrikarbeiter zog sich erhebliche Verletzungen an der rechten Hand zu.

Zement- und Ziegel-Industrie

Auf den Bahnen des Verrats.

Die Entwicklung der sogenannten „Christlichen“ Gewerkschaften zu Streikbrüchlingen schreitet rüchig weiter. Der bekannte Streikbrüchlichkeit bei den Kämpfern der Bergarbeiter und Porzellanarbeiter zeigt sich ein neuer Fall aus Lauscha. Beginn würdig an. Anfang März traten dort die in unserm Verbandsorganisierten Arbeiter der Specksteinfabriken „Mavona u. Vornjitel“ und „Speckstein-Gesellschaft“ in den Streik. Am 23. März berichtet das Blattchen des Zentrumsverbands der „Christlichen“ Keramarbeiter, daß die Bewegung am 16. März durch Abschluß eines Lohnvertrags beendet sei. Wörtlich heißt es dann:

„Maßgebend für den Abschluß nach abermaligen Verhandlungen war zunächst der einmütige Wunsch unserer bei den Firmen beschäftigten Mitglieder unserer Organisation sowie das geradezu brutale Verhalten der im Auslande befindlichen sozialdemokratischen Arbeiter und deren Bundesgenossen. Hindernis, mehr herauszuschlagen, wirkte der Umstand, daß in anderen Vrieben Lauscha, wo die „Genossen“ bereits im Tarifvertragsverhältnis stehen, sowohl die Anfangs- wie Normallohne bedeutend niedriger sind, als bei den hier in Frage kommenden Firmen (s. B. 30 gegen 36 Pf. pro Stunde). Auch die Arbeitszeit ist bei anderen Firmen um 2-4 Stunde wöchentlich länger als hier. Die eine Firma hat erst vor Jahresfrist die Löhne um 20 Prozent gehöhert. Die andere Firma hat erst kürzlich den Betrieb neu angefaßt und ist im Begriff, einen riesigen Neubau aufzuführen. Würden wir uns auf den gleichen abnehmenden Standpunkt der Vertreter des roten Fabrikarbeiterverbandes gestellt haben, so hätten wir erreicht, daß die Firma auf die Dauer des Neu- und Umbaus den Betrieb in Lauscha, der nur einen Teil der Betriebe darstellt, ganz eingestellt hätte. Der wiederholte Versuch, mit den Führern des roten Verbandes in eine Verständigung zu treten, wurde von diesen ignoriert. Von den Mitgliedern des roten Verbandes wurden unsere Kollegen und Kolleginnen beschimpft, verspottet, bedroht und sogar mit Steinen geworfen. Auch unser Bezirksleiter, Kollege Schwarz, erhielt einen Steinwurf.“

Diese Notiz ist geeignet, in jedem Unbeteiligten total irrige Vorstellungen auszulösen. Sie ist zweifellos so gedreht, um den Anschein zu erwecken, als sei bei der Einleitung der Bewegung eine größere Anzahl „Christlicher“ Arbeiter nicht berücksichtigt worden, als hätten die Streikenden unerfüllbar Forderungen und terrorisierten die armen unschuldigen Christenmenschen in unerhörter Weise. Wenn dem so wäre, könnte man den Verrat der Christen verstehen, wenn auch nicht entschuldigen. Die Notiz hat aber nur den Zweck, den paar bedauernswerten „Christlichen“ Keramarbeitern den neuesten Verrat etwas schmählicher zu servieren. Der wirkliche Sachverhalt, für den der Wahrscheinlichkeitsbeweis jederzeit angetreten werden kann, ist folgender:

Bei der vorjährigen Lohnbewegung in Lauscha wurde durch unsern Verband in verschiedenen Specksteinfabriken ein Tarifvertrag abgeschlossen. Unter diesen Betrieben befanden sich auch die „Speckstein-Gesellschaft“ und die Firma Schütz u. Co. Die Tarifverträge waren bis zum 1. Mai 1912 abgeschlossen und auch bis zum 1. Februar d. J. von den Firmen eingehalten. Am 1. Februar verlor die Firma Schütz u. Co. ihren Betrieb an die Firma Mavona u. Vornjitel. Mit den neuen Herren sagen auch die Differenzen ein. Die neue Firma suchte fortwährend an den festgesetzten Löhnen abzugreifen, so daß sich unsere Ortsverwaltung in Lauscha veranlaßt sah, eine mündliche Aussprache mit der Firma nachzusuchen, die denn auch am 24. Februar erfolgte. Das Resultat dieser Aussprache war, daß sich die neue Firma bereit erklärte, die mit der alten Firma festgelegten Löhne bis zum 1. Mai zu zahlen; gleichzeitig ersuchte sie, etwaige neue Forderungen ihr möglichst bald zu unterbreiten, damit sie diese bei Gehaltsabstufungen mitkalkulieren könne. Dies wurde von der Ortsverwaltung zugestimmt. Aber schon am 26. Februar forderte die Firma unsere Ortsverwaltung auf, die neuen Lohnforderungen schon bis 29. Februar einzureichen, da sie gerade jetzt einen größeren Abschluß machen könne.

Die nun sofort einberufene Betriebsversammlung beschloß einstimmig, der Firma den Tarif zu unterbreiten, den unsere Organisation in den Münchener Specksteinfabriken abgeschlossen hat. Die Keramarbeiterchristen waren im Betriebe mit ganzen drei Mitgliedern vertreten, die auch in der Versammlung obrem Beschluß zustimmten. Die „Christen“ waren also nicht ausgeschlossen, sondern zugegen worden. Aber trotzdem hatte der Vorsitzende der „Christen“, der in diesem Betriebe beschäftigt war, nichts Geringeres zu tun, als dem Betriebsleiter Herrn Mohrberger noch dieselbe Nacht, als er zum Brauen kam, die Verhandlungen der Versammlung zu hindern. Am anderen Morgen rumpelte der Betriebsleiter seiner Kollegen an und wußte ihnen Dinge vor, die in der Versammlung besprochen worden sein sollten. Auf Verlangen erklärte er, daß der Christenvereinsvorsitzende Kraft ihm dies verraten habe.

Der eingereichte Tarif wurde nun von der Firma abgelehnt und auch alle Verhandlungen zurückgewiesen. Gleichzeitig legte sie den Arbeitern einen Tarif zur Unterzeichnung vor, der gegen früher eine Verschlechterung bedeutete. Bei der nächsten Verhandlung wurde den Arbeitern erklärt, wer den Tarif der Firma nicht unterzeichnet, brauche nicht mehr zur Arbeit zu kommen. Dieser Vorgang schloß sich dann die Speckstein-Gesellschaft an. Da die Arbeiter auf die Verschlechterung nicht eingehen konnten, war der Streik resultiert. Die beiden Firmen versuchten dann auch die Firma Löblich u. Pöfel zu dem gleichen Wandel zu veranlassen, was aber von dieser zurückgewiesen wurde. In diesem Zusammenhang verdienen hier noch das Verhalten der „Christen“ den Hauptanteil beizutragen. Denn das verwerfliche Treiben der Christen war ohne Zweifel für die Unternehmung das Signal, ihr vorher gezeigtes Entgegenkommen zurückzugeben und zum Streik zu drängen, wobei ihnen die Hilfe der „Christen“ wurde. Das Verhalten, das die Unternehmung hier auf die Christen setzen, wurde denn auch nicht getadelt; die schwarzen Herrschaften haben sich auch in diesem Falle als Unvermeidlichkeiten bewährt.

Nachdem sich der „Christliche“ Vorsitzende seiner Aufgabe vorzüglich entledigt hatte, haben es unsere Kollegen natürlich unterlassen, die drei Christen auch noch jetzt an den Verhandlungen heranzuziehen. Als die Arbeiter nun die Arbeit niederklegten, blieben bei der Firma Mavona u. Vornjitel die drei Christen jedoch. Dazu gehörte sich dann noch zwei Arbeiterinnen aus Mavona. Bei der Betriebsversammlung blieb gar nur ein Arbeiter zurück, so daß der Kampf für die Arbeiter angesetzt gehen konnte. Die Streikenden hatten aber die Hoffnung, dass die Christen gemacht. Nach Abschluß des Streiks schloß sich der „Christliche“ Betriebsleiter Schwarz aus Mavona und versuchte mit den Unternehmern hinter dem Rücken der Streikenden zu beschandeln, was ihm jedoch nicht gelang. Darauf erschien der ganz Mann bei unserm Kollegen und erklärte, im wesentlichen sei er mit dem Tarif der Unternehmung einverstanden, er habe jedoch für seine drei Christen einen besonderen Tarif gemacht, der für jeden Christen einen bestimmten Betrag mehr als der Tarif der Unternehmung enthält. Um eine Einigung der Streikenden mit den „Christlichen“ Arbeitswilligen (Herr Schwarz) hätte in gewissem Maße die indifferente Arbeitswilligen seinen Verband zu erwarten. Inzwischen wurde Herr Schwarz eine christliche Arbeitswilligen-Versammlung ein, in der auch drei Mann unserer Ortsverwaltung zumut haben sollten. Als die drei Kollegen erschienen, wurde ihnen bekannt, sie könnten der Versammlung nicht von Anfang an teilnehmen, Herr Schwarz wolle erst mit „seinen Leuten“ verhandeln, die Kollegen sollten warten, bis sie gerufen würden. Darauf lästeten unsere Kollegen jenes Gemütszustand mit den Christlichen ab und entfernten sich aus dem Saal.

Zur selben Zeit wurden die Arbeiter der Münchener Fabrik eines nach dem anderen holt. Als es ihnen bekannt wurde, daß sich die „Christen“ versammelt hatten, begab sich ein Teil dieser Arbeiter in die anderen Räume des betreffenden Betriebs, um die Streikenden der Unternehmung zu helfen. Auf demselben Zeit hatten die Arbeitswilligen ihrer gemeinsamen Verhandlungen beendet und zum Schluss unsere drei Kollegen zumut haben. Da diese aber schon abgegangen waren, nahmen drei andre gerade auftretende Kollegen teil, die dazu aber keinerlei Auftrag hatten. Darauf die Nachzügler, mit der die Christen sich versammelten, kam es dann zu einem Austausch bei dem die „Christen“ behaupteten, mit Steinen geworfen zu einem der Arbeiter des Betriebs geschickt worden sein soll. Dies ist keine ein Beweis dafür, daß nicht versucht worden. Die schwarzen Herrschaften haben Angaben von Nicht- und Beobachtungen gemacht, ohne daß diese auch nur ein einziges Mal in der Angelegenheit der Streikenden feststellen konnte, und so hätten sich die Streikenden ihrem Kampf gegen die Unternehmung

Sie haben aber gar keine Anzeige über diesen „schrecklichen“ Terrorismus erstattet, und das ist der beste Beweis seiner Unwahrscheinlichkeit.

Herr Schwarz versuchte nun aufs neue, mit den Unternehmern einen Tarif abzuschließen, wurde aber, obwohl er geneigt war, den Unternehmern zu schluden, abermals abgewimmelt. Um nun ihren Einfluß auf die Unternehmung zu verfestern, setzten die „Christen“ alle Gebel in Bewegung, um das kleine Häuflein der Arbeitswilligen zu vergrößern. Die „Christen“ in anderen Betrieben gaben ihre Arbeit auf, um in dem bestreikten Betriebe „arbeitswillig“ zu werden, und unter dem Schutz der nächsten Dunkelheit wurden die Eltern der streikenden Arbeiterinnen aufgeführt und bearbeitet, wobei man mit der Drohung haustieren ging, von den „Roten“ können keine wieder in die Betriebe. In Lauscha erwies sich diese schwarze Arbeit als nutzlos. In Mittenbach dagegen gelang es den Verrätergeelen einige Arbeiterinnen für ihr Spiel zu gewinnen.

Obwohl die „Christlichen“ Arbeitswilligen“ von einer Fabrik zur andern transportiert wurden, um so überall die nötigsten Hausreicherdienste zu verrichten, so reichten sie doch nicht aus, um die Streikenden zu erregen. Der Arbeitgeberverband Lauscha bot unfruchtbar Ortsverwaltung deshalb Vermittlung an, die auch angenommen wurde. Die Verhandlungen fanden auf dem Rathaus statt, und wurden den Streikenden einige kleine Verbesserungen der Löhne zugesprochen, die aber von diesen als ungenügend abgelehnt wurden. Nun kam auch der „Christliche“ Schwarz wieder aus seinem Weiden hervor. Dieser „Christ“, der zweimal von den Unternehmern abgewimmelt war, bot sich zum dritten Male an, und diesmal fand seine Tätigkeit Anerkennung. Sein Liebeswerben wurde erhört, das, was die Streikenden als ungenügend abgelehnt, war dem „Christlichen“ Manne gut genug, um es für die Hausreicherdienstleistungen zu halten.

Der Jubel konnte jetzt unter den „Christen“ keine Grenzen. Es kam den Helfden offenbar gar nicht zum Bewußtsein, daß der Tarif, gegen ihren eigenen Willen, nur von den Streikenden erlangt worden ist. Und dann kam der Gipfel „Christlicher“ Freimütigkeit: Die „Christen“ erklärten den Streik für beendet und spielten sich als die Vertreter der Arbeiterinteressen auf. Natürlich wurde die Ortsverwaltung für die Lauscha Betriebe jetzt noch eifriger gerührt, mit dem G. Folge, daß sich noch einige „Christen“ einfanden. Unter diesen Umständen war es für die Streikenden geboten, die Bewegung zum Abschluß zu bringen. Die Verhandlungen, die nun gepflogen wurden, zeigten einen Tarifabschluß, der gegenüber dem christlichen Tarif noch einige wesentliche Verbesserungen aufweist. Damit haben sich die Christen trotz ihres verächtlichen Verhaltens in die Kesseln gefestigt. Sie haben wohl den Hingebenden erfolgreich Konkurrenz gemacht, sie haben auch den Erfolg der Kämpfenden etwas zugunsten des Geldsacks vermindert, aber sie konnten nicht verhindern, daß der Preis der ehrlich Kämpfenden den Judaslohn der „Christlichen“ Hausreicher übertrug.

So hat auch dieser Kampf die Natur der „Christen“ klar erkennen lassen.

Kollegen! Die Ziegeleibesitzer haben die Lohnforderungen der „Christlichen“ abgelehnt mit dem Hinweis, daß diese weder über eine nennenswerte Anzahl von organisierten Ziegeleiarbeitern noch über die nötigen Kampfesmittel verfügten. Damit haben die Ziegeleibesitzer befunden, daß sie den Arbeitern von ihrem Profit nur dann etwas ablassen, wenn es ihnen durch eine starke, kampfesfähige Organisation abgerungen wird. Dies muß für uns alle ein neuer Ansporn sein, unsere kampferprobte Organisation noch mächtiger zu gestalten, damit sie alle Hindernisse auf der Bahn des Fortschritts überwinde. Rügen wir die gegenwärtige Zeit, denn sie ist günstig!

= Lohnkürzungen zur Zeit der goldenen Ernte.

In Reulitz, Kreis Breslau, befindet sich die Ziegelei Sternberg, wo etwa 80 Männer und Frauen beschäftigt werden. Die Löhne, die in dieser Ziegelei gezahlt werden, sind noch nie hoch gewesen, und jetzt ist man sogar so weit gegangen, diese niedrigen Löhne noch zu kürzen. Wahrscheinlich ist die Firma der Meinung, daß infolge der Teuerung es nicht mehr möglich ist, die bisher gezahlten Löhne zu gewähren. Die Arbeiter, so meint man jedenfalls, werden sich schon zu helfen wissen. Da wird eben der Hungerriemen etwas enger geschnitten und der Brostorb für die Familie etwas höher gehängt. In welcher Weise die Abzüge vorgenommen wurden, dafür folgende Beispiele: Die Tagelöhner erhielten bis vor Weihnachten 1911 pro Stunde 35 Pf., jetzt ist dieser Lohn auf 30 Pf. herabgesetzt worden. Beim Schichten gab es pro Kubikmeter 33 Pf., jetzt nur noch 30 Pf. Den an der Presse beschäftigten Frauen ging es nicht besser. Bei den Abzügen verfährt man ziemlich rigoros. Da wird nicht etwa der Abzug vorher angekündigt, sondern am Lohnkarte, wenn die Leute glauben, etwas verdient zu haben, heißt es ganz ein: „Ihr bekommt nur noch soandjo viel. Wenn die Arbeiter dagegen Einwendungen machen, sagt der Verwalter dempe: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen.“

Wir möchten Herrn Lampe raten, nicht mit dem Feuer zu spielen, denn es kann sehr leicht vorkommen, daß die Arbeiter daraufhin einmal alle gehen, ob das im Interesse des Geschäfts liegt, überlassen wir Herrn Lampe zur Beurteilung. Dieser Herr Lampe scheint überhaupt ein sehr geistiger Herr zu sein. Kürzlich hatten die Arbeiter eine Betriebsversammlung. Am nächsten Morgen war natürlich Herr Lampe sehr neugierig zu erfahren, was beschlossen worden war. Seine Neugierde wurde jedoch nicht befriedigt. Schließlich riet Herr Lampe den Arbeitern, sie sollten, wenn sie freieren wollten, nur bald anfangen, nicht erst nach den Feiertagen. „Solange wie ich hier bin“, sagte er, „kommt kein Verband herein.“ Herr Verwalter Lampe scheint doch etwas sehr kühnlich zu sein, denn er steht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Zu seiner Beauftragung wollen wir dem Herrn Verwalter mitteilen, daß die Arbeiter nur freieren, wenn sie es für richtig und den besten Zeitpunkt für gekommen erachten.

Es hätte Herr Lampe Zeit im Betriebe Ordnung zu schaffen. Wie man aber Herr Lampe, sich etwas zu sparen, denn es ist sehr leicht möglich, daß die Gewerkschaften die Ziegelei einer recht eingehenden Untersuchung unterzieht. Zunächst möchten wir darauf hinweisen, daß keine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, die Arbeiter müssen sich im Schwitzloch in dem alten Lehmen Wasser waschen. Geradezu handlos ist es mit der Aborte bestellt. Da sind in der Ziegelei des Herrn Sternberg sechs nebeneinanderliegende Aborte vorhanden, aber ohne Abwehrwände! Auf die Frage: Wie oft werden die Aborte gereinigt? erhaltet wir die Antwort: Wenn sie überlaufen; gereinigt wird überhaupt nicht! Hier ist Abhilfe dringend nötig! Für heute wollen wir es genug sein lassen und erst einmal die Wirkung unserer Kritik abwarten. Den Arbeitern und Arbeiterinnen aber, die bisher den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben, geben wir den Rat, sich unbedingt dem Fabrikarbeiterverband anzuschließen; denn nur dadurch ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

= Aus einer erkrankten Ziegelei.

Bei der Firma Gebr. Sahlender in Erfurt, Ziegelei am roten Berg, bestehen folgende, die wert sind, einmal in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Die Arbeitszeit beträgt hier noch 10 1/2 Stunden pro Tag; die Brenner und Gehilfen müssen noch länger arbeiten. Für diese Arbeiter besteht besondere Festhaltung der Arbeitszeiten vorzuziehen, so heißt es in der Arbeitsordnung. Für verschiedene Arbeiter ist Sonn- und Feiertagsarbeit die Regel. Nicht genug damit, daß in der Woche von Tag bis in die Nacht hinein geschuftet werden muß; nein, auch noch Sonntags müssen die Arbeiter für den Unternehmer fronen, um dann am „Sonntag“ — trotz der langen Arbeitszeit — die Erfahrung zu machen, daß der „Verdienst“, den sie erhalten, nicht ausreicht, um das Not-

dürftigste zum Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Löhne sind außerordentlich niedrig: 3 Mt. Tagelohn bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit.

Auch der Alkoholismus ist derart bemessen, daß es den Arbeitern nur mit Aufbietung aller Kräfte möglich ist, einen annehmbaren Lohn herauszuschlagen. Wenn dabei einmal ein paar Pfennige mehr verdient werden, als es die Regel ist, dann wird sofort von „hohen Löhnen“ geredet.

Die sanitären Verhältnisse entsprechen keineswegs den gesetzlichen Anforderungen. ... Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß erst kürzlich ein höherer Medizinalbeamter auf der Ziegelei der Firma Sahlender weilte und sich sehr anerkennend über die wohnlichen und sanitären Einrichtungen der Werke aussprach. So ließ die Firma Sahlender durch den „Allg. Anz.“ vor längerer Zeit nach einer stattgefundenen Ziegeleiarbeiterversammlung, in der die Mißstände einer scharfen Kritik unterzogen wurden, der Mittelstufen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Da ist zunächst keine Garderobe vorhanden. Die Arbeiter müssen ihre Kleider mit nach ihrem jeweiligen Arbeitsplatz nehmen. Auch auf die Bedürfnisse werden sie geachtet. Wie so fragen wir, entschädigt denn die Arbeiter, wenn die Sachen einmal verbrennen, was doch leicht geschehen kann? — Jeder Arbeiter haftet für jeden durch sein Verhalten dem Betriebe irgendwie erwachsenden Schaden, befragt die Arbeitsordnung. Diese famose Arbeitsordnung spricht überhaupt nur von Pflichten der Arbeiter, nicht aber auch von den Pflichten der Firma. Wie denn, wenn die Arbeiter auch durch Bestehen von Mißständen, irgendwie Schaden erleiden? Sollten dann die Arbeiter noch „danke schön“ sagen?

Der § 7 Absatz 10 der Arbeitsordnung lautet: „Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses kann erfolgen, wenn ein Arbeiter beim Baden oder Waschen in den Zeichen des Fabrikgrundstückes betroffen wird.“ Wohl weit in der Fabrik genügend Wasch- und Badeeinrichtungen vorhanden sind, wird mancher Arbeiter glauben! Dem ist aber nicht so! Die Arbeiter müssen eben, wenn sie nicht in Gefahr kommen wollen, daß sie bestraft werden, ungewaschen am Abend nach Hause gehen. „Auch ein anerkanntes sanitäres Verhältnis!“

Im § 6 ferner heißt es: „Die Verrichtung der Notdurft darf innerhalb der Fabrik nur auf den Aborten oder den dazu bestimmten Stellen unter Beobachtung der größten Keilichkeit erfolgen.“ Ja, wenn es auf die Arbeiter allein anläme, dann herrschte wohl Ordnung. Aber was nützt den Arbeitern alle „Beobachtung der „größten“ Keilichkeit“, wenn die Aborte nur selten gekehrt werden? So befinden sich denn die Aborte häufig in einem Zustande der im schroffen Widerspruch mit der Arbeitsordnung steht. In der Fabrik sind zwar genug Aborte vorhanden, in den Zonfächern aber fehlen sie überhaupt.

Ein Speiseraum ist außer der Kantine, die ungefähr 20 Personen faßt, nicht vorhanden. Wohl ist noch ein Kantineiraum vorhanden, der wird jedoch nur dann in Ordnung gebracht, „wenn etwas in Sicht“ ist. Die Schlafstellen sind in jeder Hinsicht „ideal“ zu nennen. Ein Bretterbrett, ein Strohsack und eine „Schlafbede“, die nicht allzuoft an das Tageslicht kommen. Was wollen also die Arbeiter noch mehr? Das sind nur einige Schönheiten des Betriebes. Aber es sind genug, um zu zeigen, daß die Arbeiter alle Ursache haben, Besserung anzustreben.

Rundschau.

Die Regierung über die Lage der preussischen Arbeiter.

Mit berechtigter Spannung mußte diesmal das Referat der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Berichte der preussischen Gewerbeinspektoren erwartet werden. Eine Regierung, die soeben im Bergarbeiterkampfe eine Vermittlungsalaktion eingeleitet abgelehnt hatte, wohl weil sie der Ueberzeugung ist, daß die Bergarbeiter Lohnforderungen nicht nötig haben — oder gibt es noch andre Gründe zur Ablehnung einer Regierungsalaktion? — verdient naturgemäß größte Aufmerksamkeit, wenn sie die Berichte ihrer eigenen Beamten über die Wirtschaftslage bebringt.

Die Besprechung ist am 11. April in einem umfangreichen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erfolgt. Wir zitieren daraus die zwei wichtigsten Stellen. Einmal, wie die Lage der preussischen Industrie im Jahre 1911 war und zum andern, wie die Situation der preussischen Arbeiter ausah.

Zur Wirtschaftslage schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Die Berichte ... bieten ... eine erstezeitliche Festätigung für die anderweitig schon festgestellte Tatsache, daß das vergangene Jahr für unsere Industrie im allgemeinen sehr günstig gewesen ist und eine Fortsetzung des mit dem Jahre 1910 begonnenen Aufschwunges gebracht hat.“

Und was wird zur Lage der preussischen Arbeiter gesagt? „Leider ist die günstigere Lage der Industrie den Arbeitern nicht in dem wünschenswerten Umfange zugute gekommen. Wenn auch die Löhne durchwegs eine steigende Tendenz zeigten, so wurden die sich daraus für die Arbeiter ergebenden Vorteile doch fast überall durch die Teuerung der Lebensmittel, der Kohlen usw. wieder aufgehoben, teilweise sogar mehr als aufgehoben.“ (1)

Das schreibt die selbe Regierung in dem selben Blatt, durch das sie gerade im vergangenen Sommer die Ausschulungspolitik der Agrarier am deutschen Arbeiter trumpschaft verteidigt hat. Sie ohreißt sich heute selbst, das hat sie allerdings auch verdient!

Das Geständnis selbst wird Herrn Bethmann-Hollweg auf seiner an sich noch kurzen Laufbahn noch zu verschiedenen Malen vorzuhalten sein. Die fordernden Arbeiter, die Bergarbeiter, bei denen bis jetzt jede Lohnsteigerung ausgeblieben ist, die Hunderttausende, die unter den alles vertuernden Lebensverhältnissen mit rückständigen Löhnen haushalten müssen, alle müssen sich auf die Regierung berufen, hier hat sie seit hundert Jahren wenigstens einmal recht!

Ein Unternehmerurteil über Tarifverträge.

Der „Steinbildhauer“, das Organ der Steinmetz- und Steinbrucharbeiter, brachte vor einiger Zeit einen Artikel aus der Feder eines Unternehmers über die rechtliche Stellung der Tarifverträge, in dem u. a. ausgeführt wurde:

„Es gehört in unserer Zeit, so hart es klingen mag, eine gewisse Rückständigkeit dazu, ohne zur durcgearbeiteten Tarif zu wirtschaften. Man wird leichtfertigen Firmen gegenüber in vielen Beziehungen im Nachteil sein, da es keine zuverlässigere und bequemere Grundlage für die Zinsberechnung gibt, als einen fest geschlossenen Tarifvertrag. Daß außerdem auch völlige Klarheit über die in Anlaß zu bringenden allgemeinen und besonderen Betriebsunkosten erforderlich ist, soll nur der Vollständigkeit wegen erwähnt werden. Eine wieviel gesündere Sache ist es doch, wenn von den Einzeljahren abgesehen, die sich vom Tarif noch nicht haben treffen lassen, am Vorhug beide Parteien sich über die zu zahlenden Beträge vollständig im reinen sind, anstatt daß wegen jedes Stückes lang und breit verhandelt werden muß. Ich für meinen Teil laufe mit Vorliebe da, wo die Presse im Schaulust für jeden Artikel festhalten oder „feste Preise“ angeschrieben sind; denn das Handeln und Feilschen ist mir ein Greuel. Jedem Beteiligten, der seiner noch nicht gelaube, der Tariffrage näherzutreten zu müssen, empfehle ich angelegentlich, sich doch einmal ohne jede Vereinbarungen mit ihr zu befassen und sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob es vorteilhaft oder zweckmäßig ist, sich länger einer Erkenntnis und ihrer Befolgung zu verschließen, von deren Nichtigkeit und Wichtigkeit die weitaus größte Zahl nicht nur der Berufsangehörigen, sondern fast aller Gewerbetreibenden seit Jahrzehnten überzeugt ist.“

Arbeiter in der Gewerbeaufsicht.

Im sächsischen Gewerbeaufsichtsdienste sollen vom 1. Juni laufenden Jahres an verhältnismäßig drei aus dem Arbeiterstande hervorgegangene technisch gebildete Hilfsposten beschäftigt werden, die eine ausreichende lange Tätigkeit im Fabrikbetriebe nachzuweisen vermögen und überdies die Maschinenbautechnik der Technischen Staatslehranstalten in Chemnitz oder eine dieser Schule gleichwertige maßstäbliche Fachschule mit Erfolg absolviert haben. Die Anfangsvergütung beträgt 1800 Mt. jährlich. Bei auswärtigen Dienstverrichtungen werden Reisekosten und Tagegelber gewährt. Anstellungsgesuche, denen ein Lebenslauf und Zeugnisabschriften beigelegt werden müssen, sind an das Ministerium des Innern zu richten. — Hoffentlich wird bei der Anstellung nicht solange geistert, bis schließlich ein paar unternehmerfremde Seelen hängen bleiben.